

Universität Hamburg - Institut für politische Wissenschaft
Mittelseminar
Regionen der Weltgesellschaft: Asien
Dozent: Dr.Jens Siegelberg
WS 96/97

Taiwan - **Das vergessene China**

Hausarbeit von:

Birger Vetter

Bramfelder Str. 89
22305 Hamburg
Tel. 040 /691 24 02

Mat.-Nr.: 4878678

Inhalt

1. Einleitung.....	1
2. Geschichte und politische Entwicklung der Republik China.....	2
I. Die Republik China auf dem Festland (1912-1949).....	2
II. Die autoritäre Ära (1949-1986).....	3
Die wesentlichen Konfliktlinien	3
Die Ausgangssituation	4
Innenpolitik	4
Ende der UNO-Mitgliedschaft	5
Formierung der Opposition in Krisenzeiten	9
III. Transitionsphase (1986-1996).....	10
3. Literatur.....	12

1. Einleitung

Diese Arbeit soll dem Leser in erster Linie einen Überblick über die Geschichte Taiwans bzw. vielmehr, so der kaum bekannte offizielle Staatsname, der Republik China und der damit einhergehenden politischen Entwicklung geben. Zwar gibt es Übersichten dieser Art schon zuhauf; jedoch werden in jeder einige Ereignisse weggelassen oder durch die Verkürzung verfälscht, die mir zum Verständnis der Geschichte und der heutigen Situation Taiwans substantiell erscheinen. Insbesondere die Frage, ob Taiwan aus der UNO ausgeschlossen wurde oder austrat, wird dort nur widersprüchlich und unzureichend beantwortet.

Der geschichtliche Überblick ist in drei Teile gegliedert.

Teil I umfaßt den Zeitraum von der Gründung der Republik China auf dem chinesischen Festland bis zum Rückzug auf die Insel Taiwan 1949. Dieser Abschnitt ist eher kurz gehalten und beschränkt sich auf diejenigen Ereignisse dieser Zeit, die ich zum Verständnis der Entwicklung nach der Teilung Chinas für notwendig erachte. Dafür muß natürlich auch hier schon ein Fokus auf Taiwan gelegt werden, so daß vieles unerwähnt bleibt, das zu dieser Zeit für das chinesische Festland weitreichende Folgen hatte.

Teil II ist der größte Abschnitt. Hier werden die Ereignisse der "autoritären Ära" auf Taiwan nachgezeichnet, die bis zur Einleitung des demokratischen Reformprozesses 1986 reicht. In diesem Abschnitt wird auch ausführlicher auf die Problematik des Verlustes der UNO-Mitgliedschaft eingegangen.

Teil III vervollständigt den geschichtlichen Überblick um die vor kurzem abgeschlossene "Transitionsphase", in der sich die Republik China von einer autoritären Diktatur zu einer modernen Demokratie entwickelte.

Diese Aufteilung gibt der Arbeit allerdings eine etwas "bauchige" Struktur; während die Ereignisse an Anfang und Ende des betrachteten Zeitraum eher gerafft dargestellt werden, wird mit dem UNO-Problem ein Ereignis "mittendrin" scheinbar unverhältnismäßig ausführlich beschrieben. Ich halte sie dennoch für gerechtfertigt, denn zum einen wird erst durch die Einordnung in den geschichtlichen Zusammenhang die Bedeutung des Verlustes der UNO-Mitgliedschaft für die taiwanesischen Geschichte verständlich, zum anderen ist es dem Leser leicht möglich, bei Interesse Literatur zu finden, die entweder die Geschichte vor oder nach 1949 eingehender beschreibt. Die Geschehnisse im Zusammenhang mit der UNO-Problematik ergeben hingegen erst bei Betrachtung **zahlreicher verschiedener** Quellen ein **verständliches Gesamtbild**. Dieses Gesamtbild hoffe ich deswegen in dieser Arbeit zu geben.

Einen Gesamtüberblick über Landeskunde, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur Taiwans gibt das offizielle "Taiwan Handbuch". Obgleich von offizieller Regierungsseite herausgegeben, werden hier auch dunkle Flecken der Chiang-Ära, wie der "2-28-Zwischenfall" und die "Kaoshiung-Prozesse" (s.u.) nicht totgeschwiegen. Bei unterschiedlichen Schreibweisen oder Übersetzungen habe ich diejenigen aus diesem offiziellen Werk übernommen. Wenn in einem anderen Text, auf den ich mich beziehe, eine abweichende Schreibweise verwendet wurde, habe ich dies in einer Fußnote vermerkt.

Für detaillierter Informationen über die Geschichte der Republik China vor 1949 empfehle ich den Abschnitt über die chinesische Geschichte in dem "China Army Area Handbook" der U.S.-Armee, das bei der Missouri-Universität in St.Louis über das Internet abgerufen werden kann (Adresse steht im Literaturverzeichnis).

Für eine beeindruckende Analyse der politischen Entwicklung auf Taiwan seit 1949 empfehle ich Gunter Schuberts "Taiwan - die chinesische Alternative", in der auch die entscheidenden Akteure näher beleuchtet werden. Aus diesem Werk habe ich auch die Einteilung in die "autoritäre Ära" und die "Transitionsphase" übernommen.

2. Geschichte und politische Entwicklung der Republik China

I. Die Republik China auf dem Festland (1912-1949)

Die "Republik China" wird 1912 nach dem Sturz der Mandschu-Dynastie von dem bürgerlichen Revolutionär Dr. Sun Yat-sen in der ostchinesischen Stadt Nanking ausgerufen. Taiwan befindet sich zu dieser Zeit unter der Herrschaft Japans, an das China die Insel 1895 als Folge des verlorenen chinesisch-japanischen Kriegs abtreten mußte.¹⁾

Die Etablierung demokratischer Strukturen in China gelingt jedoch ebensowenig wie die stabile Einigung des Landes. In den ersten zwei Jahrzehnten nach Ausrufung der Republik herrscht fast fortwährend Bürgerkrieg zwischen wechselnden Akteuren. Auch Sun Yat-sen selbst wird 1917 Kopf einer Militärregierung im Süden des Landes. 1919 gründet er, hervorgehend aus verschiedenen Vorläufer-Organisationen, die noch heute existierende "Kuomintang" (KMT), die chinesische Nationalpartei. Sun stirbt 1925.

1928 sind in den innerchinesischen Machtkämpfen nur noch zwei wesentliche rivalisierende Gruppen übrig: die KMT unter General Chiang Kai-shek, der es nach mehreren Feldzügen zumindest vorerst geschafft hat, das gesamte chinesische Festland unter die Kontrolle der National-Regierung zu bringen, deren Vorsitzender er jetzt wird, und die Kommunistische Partei Chinas.²⁾

Zunächst dominiert aber weiterhin die KMT. Während des II. Weltkriegs arbeiten beide Parteien zusammen.³⁾

In Folge des Krieges tritt Japan die Insel Taiwan 1945 wieder an China ab.⁴⁾ Außerdem wird die Republik China Gründungsmitglied der Vereinten Nationen⁵⁾ und erhält einen ständigen Sitz im UNO-Sicherheitsrat.⁶⁾

1) KINDER, S.90f

2) SINN, Ch.1.03

3) KINDER, S.173

4) PENG, S.22

5) PENG, S.71

6) Festgeschrieben in Artikel 23 der UNO-Charta (GOODRICH, S.681)

Auf Taiwan kommt es 1947 zu dem folgenreichen "2-28-Zwischenfall": Ein am 28. Februar beginnender Aufstand der taiwanesischen Bevölkerung gegen den Gouverneur Ch'en Yi wird von KMT-Truppen blutig niedergeschlagen. Anschließend werden die meisten der - als Nachwirkung der japanischen Besatzungszeit sowieso wenigen - kritischen Intellektuellen Taiwans exiliert, inhaftiert und ermordet.⁷⁾

1949 gewinnen die Kommunisten unter Mao Tse-tung im chinesischen Bürgerkrieg endgültig die Oberhand. Chiang Kai-shek und die Nationalregierung fliehen mit ca. 2 Mio. Anhängern (vornehmlich Soldaten, Unternehmer, Staatsbeamte und Parteifunktionäre) vor den herannahenden kommunistischen Truppen nach Taiwan.⁸⁾ Neuer Regierungssitz wird Taipeh.⁹⁾

II. Die autoritäre Ära (1949-1986)

Die wesentlichen Konfliktlinien

Die politische Entwicklung in Taiwan ist nach der Flucht der KMT-Anhänger auf die Insel hauptsächlich von zwei miteinander verhafteten Konfliktlinien geprägt:

1) "Festländer" vs. "Taiwanesen"

Als "Festländer" werden auf Taiwan die seit 1949 zugewanderten Chinesen und deren Nachkommen bezeichnet.

Die Mitglieder der schon vorher dort ansässigen Familien von Hakka- und Fukien-Chinesen gelten als "Taiwanesen".

Außerdem lebt auf Taiwan noch eine Minderheit von proto-malaischen Ureinwohner-Stämmen.¹⁰⁾

2) "Ein-China-Ideologie" vs. Unabhängigkeit

De facto wird Taiwan 1949 ein eigenständiger Staat.

Die KMT sieht ihre Nationalregierung aber weiterhin als einzige rechtmäßige Vertretung **Gesamtchinas** an. Demzufolge würden Neuwahlen der Parlamente nur in Taiwan eine Minderheit von Tai-wanesen über eine Mehrheit von Festländern bestimmen lassen.¹¹⁾

Die oppositionelle (und uneinheitliche) Unabhängigkeitsbewegung sieht die "Ein-China-Ideologie" hingegen als Instrument, um im tatsächlichen Staatsgebiet einer Minderheit von Festlandchinesen die Herrschaft über eine Mehrheit von Taiwanesen zu ermöglichen. Demokratie, Menschenrechte und internationale Anerkennung sei somit nur in Verbindung mit

7) SCHUBERT, S.31+339. Schuberts Übersetzung des Titels des Zwischenfalls ist etwas länger, jedoch eindeutiger: "Zwischenfall vom 28. Februar".

8) SCHUBERT, S.31

9) PENG, S.22

10) SCHUBERT, S.347

11) SCHUBERT, S.34-36

der Institutionalisierung Taiwans als eigenständiger Staat möglich.¹²⁾ Die öffentliche Forderung nach Unabhängigkeit steht bis 1992 unter Strafe.¹³⁾

Die Ausgangssituation

Bis zur Formierung einer nennenswerten politischen Opposition in Taiwan ist es 1949 aber noch ein langer Weg. Die ca. 6 Mio. Menschen zählende einheimische Bevölkerung Taiwans besteht überwiegend aus besitzlosen Kleinbauern. Nach Vernichtung der Intelligentsia 1947 ist die einzige einflußreiche, organisierte Gruppe, die der KMT-Herrschaft gefährlich werden könnte, die der Großgrundbesitzer.

Diese werden durch mehrere Bodenreformen entmachtet, die gleichzeitig die begünstigten Klein-Eigentümerbauern an das KMT-Regime binden.¹⁴⁾

Außenpolitisch ist Taiwan massiv durch die neugegründete Volksrepublik China gefährdet, die droht, mit der Insel auch noch den letzten Rest der alten Republik zu erobern. Sicherheit gewähren erst die USA, die der Ausbruch des Korea-Kriegs 1950 von ihren Plänen, das KMT-Regime sich selbst zu überlassen, abbringt. Sie gewähren Taiwan umfangreiche Militär- und Wirtschaftshilfe und Erkennen den Anspruch der Nationalregierung, einzige rechtmäßige Vertretung Gesamtchinas zu sein, an.¹⁵⁾

Innenpolitik

Die Innenpolitik der KMT ist fortan darauf ausgerichtet, die Macht der Partei zu festigen und Taiwan zu einer ökonomisch und politisch stabilen Basis für die "Rückeroberung des Festlandes" zu machen. Sie folgt drei Kernpunkten:

1) Implementierung eines "harten Autoritarismus".

Bis 1986 steht die Republik China unter Kriegsrecht. Weiterhin gelten "Vorläufige Bestimmungen zur Mobilisierung für die Zeit der kommunistischen Rebellion". So wird die prinzipiell demokratisch angelegte Verfassung außer Kraft gesetzt, ein repressiver Sicherheitsapparat zur Verfolgung und Unterdrückung Oppositioneller aufgebaut und Parlamentsneuwahlen ausgesetzt, bis das Festland "befreit" und damit wieder gesamtchinesische Wahlen möglich seien.¹⁶⁾

2) Kooptierung der taiwanesischen Eliten

Um sich dennoch eine breitere Legitimierung unter der taiwanesischen Bevölkerung zu verschaffen, wird Anfang der 50er Jahre eine umfassende Parteireform durchgeführt und eine demokratische Selbstverwaltung institutionalisiert.

12) SCHUBERT, S.244f

13) SCHUBERT, S.65

14) SCHUBERT, S.72-77

15) SCHUBERT, S.32

16) SCHUBERT, S.32-39

Die Parteireform verstärkt zwar zum einen Chiang Kai-sheks Machtposition weiter, andererseits dient sie aber auch dazu, neue Mitglieder aus dem taiwanesischen Bevölkerungsteil zu rekrutieren. Bereits nach einem Jahr besteht die Parteibasis aus mehr Taiwanesen als Festländern.

Im Gegensatz zu den Nationalparlamenten werden Stadt- und Kreisparlamente sowie die Provinzversammlung regelmäßig relativ frei gewählt. Hier können nicht nur KMT-Kandidaten **gegeneinander** antreten, es sind, wenn auch mit rigiden indirekten Beschränkungen, auch parteiunabhängige Kandidaten zugelassen.

Diese Maßnahmen binden die taiwanesischen Eliten, aus denen eine Opposition erwachsen könnte, erfolgreich in den Partei- und Regierungsapparat ein.¹⁷⁾

3) Gezielte wirtschaftliche Modernisierung

Die KMT instutionalisiert eine marktorientierte Wirtschaft auf Taiwan¹⁸⁾ und besetzt die Ministerposten, insbesondere im Wirtschaftsbereich, vornehmlich nach Fachkompetenz und nicht nach Parteiklünge¹⁹⁾. Darüberhinaus wird die Größe des Beamtenapparates klein gehalten - im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung betrachtet kleiner noch als in den USA, Frankreich und Japan.²⁰⁾

Bis Anfang der 70er Jahre sorgt neben der demokratisch legitimierten lokalpolitischen Ebene vor allem der ökonomische Wohlstand für große Zufriedenheit in der Bevölkerung, so daß sich keine gefährliche Opposition gründet - d.h. keine, die sich nicht mit repressiven Mitteln im Kern ersticken ließe.²¹⁾

Ende der UNO-Mitgliedschaft

1971 muß die Regierung der Republik Chinas aber ihren ersten großen außenpolitischen Rückschlag erleben - den Verlust ihrer UNO-Mitgliedschaft. Ein Geschehnis, das auf den ersten Blick schwer zu verstehen scheint - schließlich hatte die Republik China als ständiges Mitglied im UNO-Sicherheitsrat ein Veto-Recht in so wichtigen Entscheidungen wie der Aufnahme neuer und auch des Ausschlusses alter Mitgliedstaaten.²²⁾

Letztendlich sind die Ereignisse die Folge der von "beiden Seiten der Taiwanstraße" betriebenen rigiden Ein-China-Politik. Die Regierungen **sowohl** in Taipeh **als auch** in Peking nehmen für sich in Anspruch, die einzige legitime Vertretung nicht nur ihres eigenen Staatsgebietes, sondern für Gesamtchina zu sein. Deswegen sind beide Regierungen nur bereit, in internationalen

17) SCHUBERT, S.41-44

18) PENG, S.76

19) SCHUBERT, S.117f

20) SCHUBERT, S.82

21) SCHUBERT, S.44-46

22) UNO-Charta Artikel 4 + 18 (GOODRICH, S.677+680)

Organisationen mitzuarbeiten, in denen die jeweils andere Regierung nicht vertreten ist und diplomatische Beziehungen nur zu Ländern aufzunehmen, die die andere Regierung nicht anerkennen.

Noch Ende der 60er Jahre erkennen die meisten Staaten Taipehs Alleinvertretungsanspruch an und unterhalten keine diplomatischen Beziehungen zu Peking.²³⁾

Ihrer Auslegung der Ein-China-Politik folgend, stellte die Volksrepublik China nie einen Antrag auf Aufnahme in die Vereinten Nationen - sie nahm für sich vielmehr in Anspruch, als einzig rechtmäßiger Repräsentant Chinas anerkannt zu werden und die Plätze der Republik China einzunehmen.²⁴⁾

Ein solcher Antrag hätte allerdings auch keine Aussicht auf Erfolg gehabt. Über die Neuaufnahme von Mitgliedstaaten entscheidet zwar die **Vollversammlung** der Vereinten Nationen, in der kein Staat ein Veto-Recht hat, jedoch nur **auf Vorschlag des Sicherheitsrates**.²⁵⁾ Somit hätte Taipeh die Aufnahme Pekings in jedem Fall verhindern können.

Für den Fall, daß **zwei** Regierungen für sich in Anspruch nehmen, die rechtmäßigen Vertreter **eines** Landes zu sein, sind in der UNO-Charta jedoch **keine** Regelungen vorgesehen. Die Anerkennung der gesandten Vertreter obliegt letztendlich den einzelnen UNO-Organen - so daß es prinzipiell sogar möglich wäre, daß der Sicherheitsrat den Vertreter der einen, die Vollversammlung den Vertreter der anderen Partei akzeptiert.²⁶⁾

Das Problem der Repräsentation Chinas wurde in der UNO zum ersten Mal im Januar 1950 im Sicherheitsrat angesprochen. Der sowjetische Repräsentant forderte, den nationalchinesischen Gesandten nicht als Repräsentanten Chinas anzuerkennen, konnte für diese Forderung jedoch keine Mehrheit gewinnen.²⁷⁾ Indien stellte daraufhin einen verhältnismäßig allgemein gehaltenen Antrag, die Verfahrensregeln des Sicherheitsrates um Regeln für derartige Repräsentationsstreitfälle zu erweitern. Der Sicherheit übergab diesen Antrag einem Expertenkomitee zur Prüfung, das empfahl, in Angesicht des aktuellen Problems **keine** verbindlichen Regelungen zu treffen und darauf hinwies, daß die Mehrheit der Komiteemitglieder die Vollversammlung für das geeignetere Organ hielte, über Repräsentationsfragen zu entscheiden.²⁸⁾

23) PENG, S.68

24) CHEN, S.11+17

25) UNO-Charta Artikel 4 + 18 (GOODRICH, S.677+680)

26) GOODRICH, S.77f

27) GOODRICH, S.200f. Die Ablehnung dieses Antrags veranlaßte die UdSSR dazu, sich aus Protest aus dem Sicherheitsrat zurückzuziehen. Erst dieser bis August anhaltende Boykott ermöglichte es dem Sicherheitsrat allerdings, ohne ein Veto der UdSSR die Resolutionen zu verabschieden, die zum Eingreifen der UNO-Truppen in den Korea-Krieg führten - was letztlich erst die USA dazu veranlaßte, Taiwan militärischen Schutz vor den Truppen der VR China zu gewähren und damit sein Überleben zu sichern. (SCHLÜTER, S.177-179)

28) GOODRICH, S.201f. Der Wortlaut des indischen Antrags und der Antwort des

Der Sicherheitsrat folgte dem Komiteevorschlag, vorerst keine eindeutige Regelung zu treffen, verpflichtete sich damit jedoch auch nicht, diesbezüglichen Entscheidungen der Vollversammlung zu folgen.²⁹⁾

Die UN-Vollversammlung verabschiedete am 14. Dezember 1950 schließlich eine Resolution, in der sie "empfiehlt", daß die anderen UN-Organen der Entscheidung der Vollversammlung in solchen Fragen Rechnung tragen.³⁰⁾

Zwischen 1950 und 1970 wurde in 10 der 20 Sitzungen der UN-Vollversammlung über u.a. von Albanien eingebrachte Anträge abgestimmt, die kommunistische Regierung in Peking als einzig rechtmäßigen Vertreter Chinas anzuerkennen und somit die Republik China aus der UNO auszuschließen. Diese Anträge wurden jedoch jedesmal abgelehnt - allerdings mit zunehmend schwindenden Mehrheiten. 1965 erreichten die Peking-Befürworter zum ersten Mal eine Stimmengleichheit mit ihren Gegnern (47 zu 47 bei 20 Enthaltungen), 1970 erhielt der Antrag für die Aufnahme Pekings sogar mehr zustimmende als ablehnende Stimmenabgaben (51 zu 49 bei 27 Enthaltungen). Damit war der Antrag jedoch immernoch abgelehnt, da er in einer vorangehenden Abstimmung zu einer "wichtigen Frage" erklärt wurde, so daß eine Zwei-Drittel-Mehrheit zur Annahme nötig gewesen wäre.³¹⁾

1971 nun finden schon Anträge, die Aufnahme Pekings und den Ausschluß Taipehs zu einer "wichtigen Frage" zu erklären, keine Mehrheit mehr, und schließlich wird die Volksrepublik China am 25. Oktober mit 76 zu 35 Stimmen bei 17 Enthaltungen zum einzigen rechtmäßigen Vertreter Chinas in der UNO erklärt.³²⁾

Bevor es zu einer entsprechenden Diskussion in den anderen Gremien der UNO kommt, tritt die Republik China selbst offiziell aus der UNO aus.³³⁾

Expertenkomitees findet sich in DJONOVICH'88, S.576-578.

29) DJONOVICH'88, S.93

30) Resolution 396(V) der UNO-Vollversammlung (DJONOVICH'73, S.98f).

31) CHEN, Anhang I + S.1f

32) Resolution 2758(XXVI) der UN-Vollversammlung (DJONOVICH'76, S.358). Vergl. CHEN, S.1

33) SCHUBERT, S.46. Obwohl die Vollversammlung in ihrer Resolution betonte, daß Peking in ihren Augen auch ständiges Mitglied im Sicherheitsrat sei, wären die anderen UNO-Organen in dieser Frage nicht grundsätzlich an die Weisung der Vollversammlung gebunden (GOODRICH, S.78). Daß es insbesondere im Sicherheitsrat zu einer Weigerung der Anerkennung Pekings gekommen wäre, ist jedoch mehr als unwahrscheinlich. 10 der 15 zu der Zeit im Sicherheitsrat vertretenen Mitgliedstaaten haben in der Vollversammlung zu Gunsten Pekings gestimmt, darunter 3 der ständigen Mitglieder (DJONOVICH'90, S.607 + CHEN, Anhang IV). Die USA hatten zwar gegen die Aufnahme Pekings gestimmt, daß sie nach dem eindeutigen Abstimmungsergebnis in der Vollversammlung aber ein Eklat im Sicherheitsrat riskiert hätten, ist in Anbetracht ihrer politischen Öffnung gegenüber Peking jedoch sehr unwahrscheinlich. Auch ihr theoretisches Veto-Recht hätte der Republik China kaum geholfen. Die Hauptgefahr, sich nicht an die Abstimmungsregeln zu halten,

Zwei wesentliche Faktoren, die zu dem Wechsel der Mehrheiten geführt haben, waren neben der Tatsache, daß die Kommunisten die Macht auf dem Festland mit jedem Jahr mehr im Griff hatten und eine "Rückeroberung" durch die republikanischen Truppen immer unwahrscheinlicher wurde, sicherlich die starke außenpolitische Initiative der VR China um diplomatische Anerkennung und der Umschwung der amerikanischen China-Politik unter Präsident Nixon.³⁴⁾

liegt schließlich darin, daß sich ein Land fortan weigern könnte, weiter in der UNO mitzuarbeiten - was in diesem Fall ja durchaus erwünscht war. Darüberhinaus wäre es auch möglich gewesen, die Anerkennung Pekings gegen die Stimme eines ständigen Mitglieds regelgerecht durchzusetzen. Das Veto im Sicherheitsrat gilt nicht bei allen Abstimmungen, sondern nur bei denjenigen, die **nicht** "prozedural" sind. Eine eindeutig festgeschriebene Einteilung, welche Entscheidungen als "prozedural" angesehen werden, gibt es nicht; obwohl auch dies nicht ganz unumstritten ist, entscheidet im Zweifel der Vorsitzende des Sicherheitsrates, ob ein Thema wie die Repräsentationsfrage als prozedural anzusehen und damit nicht der Möglichkeit eines Vetos ausgesetzt ist (JIMÉNEZ, S.11f). Auf diese Weise ist in einer anderen Frage auch zuvor schon das Veto Chinas umgangen worden (JIMÉNEZ, S.15).

34) CHEN, S.3

Formierung der Opposition in Krisenzeiten

In den folgenden Jahren erkennen immer mehr Staaten die VR China diplomatisch an, woraufhin Taipeh mit ihnen bricht.³⁵⁾

Zusätzlich zur zunehmenden außenpolitischen Isolierung hat der kleine Inselstaat Mitte der 70er Jahre mit wirtschaftlichen Problemen im Gefolge der Ölkrise zu kämpfen.

Chiang Kai-shek stirbt 1975; sein Amt als Parteivorsitzender übernimmt sein Sohn, Chiang Ching-Kuo, der 1978 auch Staatspräsident wird.³⁶⁾

1979 brechen die USA endgültig mit Taipeh und nehmen diplomatische Beziehungen zu Peking auf.³⁷⁾

In dieser Zeit der Krisen, die mit dem Verlust der UNO-Mitgliedschaft eingeläutet wurde, formieren sich oppositionelle Gruppen - in erster Linie Bürger aus dem im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs neugewachsenen Mittelstands, die über eine Hochschulbildung verfügen -, da die Gründung von oppositionellen Parteien verboten war, zur sogenannten "Tang-wai"-Bewegung - als "jene außerhalb der Partei".³⁸⁾

Die Reaktion der KMT auf die wachsende Unzufriedenheit in der Bevölkerung besteht in einer Ausweitung der bisherigen Kooptierungs-Politik. Unter Federführung Chiang Ching-kuos werden zum einen mehr taiwanische Parteimitglieder in die obersten Gremien der KMT aufgenommen, zum anderen die Nationalparlamente für die Wahl "zusätzlicher" Abgeordneter als Ersatz für aus Altersgründen ausgeschiedene "alte" Abgeordnete geöffnet.³⁹⁾

Durch die Wahlen kommen zum einen mehr Taiwan-stämmige KMT-Abgeordnete in den Legislativ Yuan (Gesetzgebendes Nationalparlament), andererseits verzeichnen aber auch die unabhängigen Kandidaten beachtliche Erfolge.⁴⁰⁾

Als eine große Gefahr für ihre aus der "Ein-China-Ideologie" begründete Vormachtsstellung sieht die KMT an, daß ein Teil der Tang-wai-Bewegung öffentlich die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit Taiwans einfordert.⁴¹⁾ Die VR China droht im Falle einer Unabhängigkeitserklärung mit einer militärischen Intervention.⁴²⁾

Als es am 10.12.1979 in der südtaiwanischen Stadt Kaoshiung bei einer öffentlichen Veranstaltung der Tang-wai Bewegung, auf der die Unabhängigkeit proklamiert wurde, zu gewalttätigen Ausschreitungen kommt, werden in einer Landesweiten Verhaftungswelle die führenden Tang-wai Politiker inhaftiert und in den sogenannten "Kaoshiung-Prozessen" zu langjährigen Haftstrafen verurteilt.

35) PENG, S.68

36) SCHUBERT, S.47

37) SCHUBERT, S.54

38) SCHUBERT, S.53+124

39) SCHUBERT, S.47-51

40) SCHUBERT, S.51-53

41) SCHUBERT, S.54

42) PENG, S.62

Dies und weitere grobe Menschenrechtsverletzungen veranlassen die USA dazu, außen- und wirtschaftspolitischen Druck auf das KMT-Regime auszuüben, die Achtung der Menschenrechte und ein Fortschreiten der Demokratisierung einzufordern.

1986 gründen 135 Tang-wai Aktivisten illegal die erste oppositionelle Partei, die "Demokratisch-progressive Partei" (DPP). Da inzwischen im Rahmen der Kooptierungspolitik aufgestiegene gemäßigte, an Reformen interessierte Kräfte in der KMT die Oberhand gewonnen haben, wird die DPP nicht verboten, sondern zu den Nationalwahlen zugelassen. Dies markiert - nach Schubert - den Beginn der Transitionsphase.⁴³⁾

III. Transitionsphase (1986-1996)

Nach den Wahlen von 1986, bei denen noch immer nur die durch altersbedingtes Ausscheiden "alter" Abgeordneter freigewordenen Sitze neu besetzt werden und die DPP durchschnittlich ca. 22% der Stimmen erreicht, sind die ersten einschneidenden Reformen die Aufhebung des Kriegsrechts 1987 und der Pressezensur 1988.

1988 wird Lee Teng-hui, der seit 1984 das Amt des Vizepräsidenten bekleidet, nach Chiang Ching-kuos Tod der erste taiwanstämmige Staatspräsident der Republik China.⁴⁴⁾

Die KMT faktioniert sich daraufhin in die reformorientierte "Hauptströmung" um Lee Teng-hui und eine konservative "Anti-Hauptströmung".⁴⁵⁾

1990 bestätigt die Nationalversammlung Präsident Lee im Amt, 1991 werden die "Vorläufigen Bestimmungen" aufgehoben. Daraufhin finden die ersten kompletten Neuwahlen zur Nationalversammlung statt, bei der die DPP rund 24% der Stimmen erhält und die KMT mit über 70% wieder stärkste Fraktion wird.

1992 wird schließlich die Forderung nach Unabhängigkeit legalisiert und eine Amnestie für aus diesem Grund inhaftierte politische Gefangene ausgesprochen. Außerdem werden die ersten kompletten Neuwahlen zum Legislativ Yuan abgehalten, bei der die DPP sogar über 31% der Stimmen erreicht und die KMT auf knapp 53% zurückfällt.⁴⁶⁾

Mit den ersten direkten Präsidentschaftswahlen, die Lee Teng-hui 1996 wieder im Amt bestätigen, wird die Transitionsphase als abgeschlossen betrachtet.⁴⁷⁾

Im Rahmen der Transition weichten auch die Positionen der KMT und der Opposition zur Ein-China-Frage auf.

43) SCHUBERT, S.54-60. Schubert übersetzt die "DPP" als "DFP" (Demokratische Fortschrittspartei).

44) SCHUBERT, S.62f

45) SCHUBERT, S.132

46) SCHUBERT, S.60+62-65

47) PENG, S.41 + Süddeutsche Zeitung, 25.9.'96

Die DPP als wichtigste Oppositionspartei fordert nicht mehr die unbedingte Unabhängigkeit, sondern nurmehr einen Volksentscheid über diese Frage.⁴⁸⁾

Die KMT hält zwar offiziell an ihrer Ein-China-Ideologie fest, richtet ihr außenpolitisches Handeln aber auf ein Dasein als souveräner Staat neben der VR China aus. Die Republik China ist nun bereit, diplomatische Beziehungen zu Ländern aufzunehmen, die ihren Anspruch auf alleinige Vertretung Gesamtchinas nicht anerkennen, und bemüht sich auch um eine eigenständige Aufnahme in die UNO und andere internationale Organisationen.⁴⁹⁾

Der Wunsch nach einer Aufnahme in die UNO wird allerdings nur von wenigen Mitgliedsstaaten unterstützt⁵⁰⁾, ganz abgesehen davon, daß Peking die Aufnahme mit seinem Veto verhindern könnte (und wohl auch würde)⁵¹⁾. Auch eine diplomatische Doppelerkennung scheitert grundsätzlich an der VR China⁵²⁾, so daß heute nur noch 30 Staaten volle diplomatische Beziehungen mit der Republik China unterhalten⁵³⁾. Und das mit Abstand bedeutendste Land darunter, Südafrika, hat bereits angekündigt, zum Ende des Jahres 1997 seinen Botschafter aus Taipeh abzuziehen und stattdessen diplomatische Beziehungen zu Peking aufzunehmen.⁵⁴⁾

Dennoch kann diese neue "flexible Diplomatie" der KMT auch Erfolge vorweisen. Zu vielen Ländern, die diplomatische Beziehungen zu Peking unterhalten, konnte Taiwan inzwischen zumindest "sub-offizielle" Kontakte in Form von Wirtschaftsbüros aufnehmen.⁵⁵⁾ Zudem wurde Taiwan zusammen mit der VR China Mitglied in der APEC⁵⁶⁾, und die VR China bestand bei ihrem Eintritt in die Asiatische Entwicklungsbank nicht auf einen Ausschluß Taipehs. Allerdings muß Taipeh in solchen Fällen in der Regel darauf verzichten, unter dem Namen "Republik China" zu fungieren.⁵⁷⁾

Gunter Schubert sieht im heutigen Taiwan ein "institutionalisiertes Zwei-Parteiensystem"⁵⁸⁾. Einen Putsch seitens des Militärs hält er nach seiner Analyse auch bei einer möglichen Machtübernahme durch die DPP für eher unwahrscheinlich.⁵⁹⁾ Gefahr droht der Demokratie Schuberts Ansicht nach in Taiwan wenn dann nur durch einen Übergriff seitens der VR China, allerdings zeigten beide Seiten wiederholt auch Bemühungen, ihre gegenseitigen Beziehungen zu verbessern.⁶⁰⁾

48) SCHUBERT, S.243

49) SCHUBERT, S.66f + PENG, S.68-73

50) PENG, S.72

51) CHEN, S.3f

52) SCHUBERT, S.66

53) PENG, S.69

54) Süddeutsche Zeitung, 2.12.'96

55) SCHUBERT, S.66f

56) Asiatatisch-pazifische Wirtschaftsgemeinschaft

57) PENG, S.71f

58) SCHUBERT, S.60

59) SCHUBERT, S.196

60) SCHUBERT, S.332

3. Literatur

- CHEN, Yuan-chyuan: "Die Diskussion der Zwei-China-Frage in der UNO", Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Hamburg Nr.47, Hamburg 1972
- DJONOVICH, Dusan J. (Ed.): "United Nations Resolutions. Series I. Resolutions adopted by the General Assembly." Volume III (1950-1952), New York 1973
- DJONOVICH, Dusan J. (Ed.): "United Nations Resolutions. Series II. Resolutions and Decisions of the Security Council." Volume II (1948-1950), New York 1988
- DJONOVICH, Dusan J. (Ed.): "United Nations Resolutions. Series II. Resolutions and Decisions of the Security Council." Volume VIII (1971), New York 1990
- GOODRICH, Leland Matthew, Hambro, Edvard und Simons, Anne Patricia (Eds.): "Charter of the United Nations. Commentary and Documents", 3rd and rev. edition, New York/London 1969
- JIMÉNEZ de Aréchaga, Eduardo: "Voting and the handling of disputes in the Security Council", Carnegie Endowment for International Peace United Nations Studies: No.5, New York 1950
- KINDER, Hermann und Hilgemann, Werner: "dtv-Atlas zur Weltgeschichte", 6. Auflage, München 1971 [1966]
- PENG, Pon-to u.a. (Hrsg.): "Taiwan Handbuch. Die Republik China" München/Taipeh 1995
- SCHLÜTER, Hilmar Werner: "Die politische Funktion des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen von 1945 - 1950", Bonn 1970
- SCHUBERT, Gunter: "Taiwan - die chinesische Alternative", Hamburg 1994
- SINN, Rinn-sup und Worden, Robert L.: "Historical Setting", in:
U.S. Department of the Army (Hrsg.): "China Army Area Handbook", electronic document, "gopher://gopher.umsl.edu:70/11/library/govdocs/armyahbs/aahb9" St.Louis 1994 [1988]
(alt.: "<http://www-chaos.umd.edu/history/handbook.html>"
bzw. "<http://www-chaos.umd.edu/history/part2>"
für "Historical Setting")